



# Die Wahlbeteiligung der Deutschen mit Migrationshintergrund – Befunde der Immigrant German Election Study (IMGES)

Sabrina J. Mayer, Achim Goerres und Dennis C. Spies

---

## 1 Einleitung<sup>1</sup>

Die Teilnahme an Wahlen stellt den bedeutendsten und oftmals auch einzigen Akt der politischen Beteiligung der Bürger/-innen in westlichen Demokratien dar (Brady et al. 1995). Viele Studien zeigen jedoch, dass nicht alle sozialen Gruppen in gleichem Ausmaß an Wahlen teilnehmen (Schäfer et al. 2016; Gallego 2010). Dies ist problematisch: Je geringer die politische Involvierung von bestimmten Gruppen ist, desto weniger Anreize bestehen für politische Akteure, die Anliegen dieser Gruppen zu berücksichtigen – und je weniger sich Gruppenmitglieder politisch vertreten fühlen,

---

<sup>1</sup>Die Analyse wurde ermöglicht durch das DFG-Projekt GO 1833/5-1 (Leitung: Achim Goerres und Dennis C. Spies). Die Analyse basiert auf gemeinschaftlichen konzeptionellen Überlegungen aller drei Autor/-innen. Sabrina J. Mayer (SM) hat die Erstversion des Textes erstellt und alle empirischen Analysen durchgeführt. Dennis C. Spies (DS) und Achim Goerres (AG) haben den Text überarbeitet. Alle Autor/innen haben die finale Version gemeinsam erstellt. Die Autor/-innen danken Erik Wenker für sprachliche Hinweise.

---

S. J. Mayer (✉)  
DeZIM Institut, Berlin, Deutschland  
E-Mail: [mayer@dezim-institut.de](mailto:mayer@dezim-institut.de)

A. Goerres  
Universität Duisburg-Essen (UDE), Duisburg, Deutschland  
E-Mail: [achim.goerres@uni-due.de](mailto:achim.goerres@uni-due.de)

D. C. Spies  
Universität Düsseldorf, Düsseldorf, Deutschland  
E-Mail: [spiesd@uniduesseldorf.de](mailto:spiesd@uniduesseldorf.de)

desto weniger werden sie sich an Wahlen beteiligen. Ein solcher Teufelskreis kann die Legitimität des politischen Systems bedrohen (Dalton 2008). Sozial gleichverteilte Partizipationsraten sind dabei besonders in multikulturellen Gesellschaften von hoher Wichtigkeit, da eine ungleiche Wahlbeteiligung zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen ein erhebliches gesellschaftliches Konfliktpotenzial darstellt.

In den meisten westlichen Demokratien beobachten wir steigende Anteile von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund (z. B. Heath et al. 2013). So waren auch bei der Bundestagswahl 2017 in Deutschland bereits mehr als 10 % aller Wahlberechtigten entweder selbst zugewandert oder hatten mindestens einen Elternteil mit eigener Migrationserfahrung. Obwohl diese Gruppe damit eine erhebliche numerische Größe darstellt, ist nur sehr wenig über ihre politischen Einstellungen und Präferenzen bekannt. Im Zentrum unseres Beitrags stehen daher die Forschungsfragen, 1) ob es einen Unterschied in der Wahlbeteiligungsrate von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund gibt, 2) ob die Wahlbeteiligung von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund mit etablierten Theorien der Wahlforschung erklärt werden kann, 3) ob migrantenspezifische Faktoren wie ethnische Identität oder Diskriminierungserfahrung die Partizipationslücke besser erklären können bzw. die Erklärungskraft der Standardmodelle zusätzlich signifikant verbessern und 4) ob es Unterschiede zwischen den beiden untersuchten Migrantengruppen, Deutschen türkischer Herkunft und Russlanddeutschen<sup>2</sup>, gibt.

Im folgenden Beitrag werden wir zuerst den historischen Kontext von Immigrierten als Wählerinnen und Wählern bei der Bundestagswahl 2017 darstellen. Anschließend erfolgt die Diskussion bisheriger allgemeiner theoretischer Ansätze zur Erklärung der Wahlteilnahme, bevor die bestehenden Erklärungen aus dem Bereich der Migrationsforschung einbezogen werden. Im empirischen Teil werten wir repräsentative Daten der Immigrant German Election Study zur Bundestagswahl 2017 aus.

---

## 2 Die Bundestagswahl 2017 und Wähler/-innen mit Migrationshintergrund

Der Anteil wahlberechtigter Personen, die entweder selbst zugewandert waren oder mindestens einen Elternteil mit eigener Migrationserfahrung hatten, lag bei der Bundestagswahl 2017 mit etwa 10 % der gesamten Wahlbevölkerung so hoch wie niemals zuvor. Während die Zahl der Wahlberechtigten von 2005 bis 2017 mit 61,5 bis 62,4 Mio. stabil geblieben ist, stieg gleichzeitig die Zahl der Wählerinnen und Wähler

---

<sup>2</sup>Zur sprachlichen Vereinfachung sprechen wir in diesem Aufsatz von Russlanddeutschen und meinen Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft, die aus einem der Länder der ehemaligen Sowjetunion stammen. Dabei stellen Spätaussiedler bzw. ethnische Deutsche mehr als 95 % der Mitglieder in dieser Gruppe.

mit Migrationshintergrund in der 1. oder 2. Generation von 4,8 auf knapp 6,1 Mio. Zugleich nahm die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer im Alter von 18 Jahren und älter im selben Zeitraum von 5,6 auf 9,2 Mio. Personen zu (eigene Berechnungen basierend auf DESTATIS 2018). Niemals zuvor waren also in Deutschland Personen mit Migrationshintergrund so zahlreich innerhalb und außerhalb der deutschen Wählerschaft vertreten wie im Jahr 2017. Unter den Wählerinnen und Wählern mit Migrationshintergrund waren die Deutschen mit türkischem und post-sowjetischem Hintergrund die zwei relevantesten Gruppen, was sich nicht nur in deren Größe, sondern auch in der ihnen zuteil gewordenen öffentlichen Aufmerksamkeit zeigte.

Für die in Deutschland lebenden Türkinnen und Türken und für Deutsche mit türkischem Migrationshintergrund muss der Putschversuch in der Türkei am 15./16. Juli 2016 als einschneidendes politisches Ereignis gelten. Während deutsche Politikerinnen und Politiker des ganzen politischen Spektrums sich danach mehrheitlich und deutlich vehementer als zuvor gegen eine EU-Mitgliedschaft der Türkei wandten, wurde der Höhepunkt der Spannungen kurz vor der Bundestagswahl 2017 erreicht, als Präsident Erdogan sich aktiv dafür aussprach, dass Deutsche aus der Türkei weder für die CDU noch für die SPD oder die Grünen stimmen sollten, da diese Parteien „Feinde der Türkei“ seien (Der Tagesspiegel 2017). Eine ähnlich aufgeheizte Debatte entwickelte sich um Deutschlands größte Gruppe von Wählerinnen und Wählern mit Migrationshintergrund, die Russlanddeutschen. Auslöser war hier 2016 der sogenannte „Fall Lisa“, ein 13-jähriges Mädchen mit russlanddeutschen Wurzeln, die berichtete, von Flüchtlingen vergewaltigt worden zu sein. Obwohl sich diese Anklage später als falsch herausstellte, war sie Anlass für eine plötzliche Massenmobilisation von Russlanddeutschen in ganz Deutschland mit insgesamt bis zu 10.000 Demonstrierenden. Da etwa 90 % der Russlanddeutschen die deutsche Staatsbürgerschaft haben, wurde dieser Protest mit großer Sorge kommentiert (Die Welt 2016).

Der Themenhaushalt der Bundestagswahl 2017 war im Wesentlichen von Migration und Integration bestimmt, die den ersten Platz bei der Frage nach dem wichtigsten Problem 2017 belegten (Pätzold et al. 2017). Die Bundesregierung hatte als Reaktion auf die Flüchtlingskrise mehrere eher restriktive Gesetzesänderungen eingeleitet, wie das Asylpaket I & II und das Integrationsgesetz 2016. Da die Regierungsparteien es jedoch, mit Ausnahme der CSU, vermieden, die eigenen restriktiveren Policy-Änderungen im Wahlkampf zu nutzen, gelang es der AfD, dieses Themengebiet zu besetzen und zum ersten Mal in das neu gewählte Parlament einzuziehen.

Betrachten wir das Parteienangebot, so gab es 2017 nur wenige Versuche der Parteien, Zuwanderinnen und Zuwanderer gezielt anzusprechen. Eine Ansprache der Russlanddeutschen erfolgte erst spät im Wahlkampf durch die CDU/CSU mit dem Versuch, ein zusätzliches Netzwerk für Aussiedlerinnen und Aussiedler zu gründen und eine Erhöhung der Renten für diese Personengruppe im Wahlprogramm zu verorten (Siebenbürgische Zeitung 2017). Die Linke erwähnte zumindest in ihrem Parteiprogramm den Wunsch nach einer besseren Beziehung zu Russland ohne Sanktionen. Die AfD hingegen unternahm regelmäßig Anstrengungen, diese Migrationsgruppe zu adressieren,

sei es durch die Gründung eines eigenen Parteinetzwerkes, die Kandidatur russlanddeutscher Personen oder eine Übersetzung des Parteiprogramms ins Russische (Goerres et al. 2018). Betrachten wir die Ansprache der Deutschen aus der Türkei, so trat mit Cem Özdemir (Bündnis 90/Die Grünen) erstmals ein Spitzenkandidat türkischer Herkunft an. In den Parteiprogrammen der Parteien wurden über die Lager hinweg unisono die Entwicklungen und die Politik der Türkei kritisiert – es wurden jedoch keine konkreten Ideen oder Angebote für die Deutschen aus der Türkei geäußert. In Reaktion auf den Wahlauf Ruf Erdogans wurden die Wähler und Wählerinnen türkischer Herkunft vonseiten der SPD und CDU aufgerufen, nicht auf Erdogans Appelle zu reagieren (Wirtschaftswoche 2017).

Wie haben Russlanddeutsche und Deutsche aus der Türkei nun bei der Bundestagswahl 2017 gewählt? Betrachten wir die Wahlbeteiligung, so müssen wir berücksichtigen, dass wir in Umfragen in der Regel ein „Overreporting“ beobachten und der Anteil höher liegt als im amtlichen Endergebnis. Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass Personen, die tatsächlich gewählt haben, in (politischen) Umfragen überrepräsentiert sind oder soziale Erwünschtheitseffekte dazu führen, dass Nichtwählerinnen und Nichtwähler falsche Angaben machen (Burden 2000). Im Schnitt liegt die berichtete Wahlbeteiligung mit 74 % für Deutsche aus der Türkei und 67 % bei Russlanddeutschen etwa 15 bis 20 Prozentpunkte unterhalb der berichteten Wahlbeteiligung der Mehrheitsbevölkerung in der deutschen Nachwahlstudie 2017 (89 %).

Betrachten wir das Zweitstimmenergebnis in Tab. 1, so sehen wir, dass die SPD noch stärkste Partei in der Gruppe der Deutschen aus der Türkei ist, ihre Dominanz im Vergleich zu früheren Untersuchungen jedoch stark abgenommen hat (Wüst 2004). Zweitstärkste Partei ist heute die CDU/CSU vor der Linken. Im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung, wo die AfD drittstärkste Partei ist, liegt der Anteil der AfD-Wählerschaft

**Tab. 1** Zweitstimmenergebnisse bei der Bundestagswahl 2017, in Prozent

Zweitstimme BTW 2017	DTÜR alle	DRUS alle	Alle Deutschen (GLES)	Amtliches Endergebnis
CDU/CSU	20	27	31	33,0
SPD	35	12	22	20,5
Linke	16	21	9	9,2
Grüne	13	8	12	8,9
FDP	4	12	12	10,7
AfD	0	15	10	12,6
Andere	12	5	4	5,1
n	275	301	1693	

*Anmerkung:* DTÜR = Wählerinnen und Wähler mit türkischem Migrationshintergrund, DRUS = Wählerinnen und Wähler aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion

*Quellen:* IMGES 2017 (Goerres et al. 2020), GLES 2017 (Roßteutscher et al. 2018)

hingegen bei 0 %. Bei den Russlanddeutschen ist die CDU/CSU stärkste Partei, wie auch bei der Mehrheitsbevölkerung. Mit 27 % ist dieser Anteil jedoch geringer als bei den Deutschen ohne Migrationshintergrund und weit entfernt von Schätzungen aus den späten 1990er Jahren (Wüst 2004). Zweitstärkste Partei ist die Linke (21), gefolgt von der AfD (15). Vergleichen wir den AfD-Zweitstimmenanteil bei GLES und beim amtlichen Endergebnis, so sehen wir ein „Underreporting“ und eine Differenz von etwa 3 Prozentpunkten. Es ist anzunehmen, dass der Anteil von 15 % bei den Deutschen russischer Herkunft eine eher konservative Schätzung darstellt, die jedoch weit unter den Werten liegt, die die Berichterstattung im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 vermuten ließ (Spiegel Online 2017).

---

### **3 Einflussfaktoren für die politische Teilhabe von Wählerinnen und Wählern mit Migrationshintergrund**

#### **3.1 Standardmodelle der Wahlbeteiligung**

Die Menge der diskutierten Einflussfaktoren für die individuelle Wahlbeteiligung ist mittlerweile kaum noch überschaubar. Als Ergebnis einer Meta-Analyse stellen Smets und van Ham (2013, S. 356) fest, dass es zudem keinen Konsens über ein sogenanntes *core model* der Wahlbeteiligung gibt. Für eine theoriegeleitete Auswahl der Determinanten greifen wir daher auf die drei zentralen theoretischen Modelle zur Erklärung politischer Partizipation zurück (Brady et al. 1995). Dem Ressourcenmodell zufolge entscheidet die individuelle Ausstattung mit partizipationsrelevanten Ressourcen über die grundlegende Fähigkeit der Bürgerinnen und Bürger zur politischen Teilhabe, da sie positiv mit dem politischen Interesse korreliert ist und so die Partizipationsbereitschaft erhöht (Schlozman et al. 1994). Studien aus den USA konnten zeigen, dass die Ressourcenausstattung die politische Involvierung von Migrantinnen und Migranten positiv beeinflusst (DeSipio 1996). Auch in europäischen Demokratien konnte die Bedeutung der Ressourcenausstattung für die Beteiligung auf verschiedenen Ebenen nachgewiesen werden (Diehl und Blohm 2001; Bevelander 2015; Wüst 2004; Heath et al. 2013).

Ein zweiter Erklärungsstrang umfasst psychologische Gründe. Hierunter können zum einen Rational-Choice-Erklärungen verortet werden, denen zufolge Bürger und Bürgerinnen nicht an Wahlen teilnehmen, weil sie sich von einem Regierungswechsel keine Änderung des Nutzendifferenzials versprechen. Aber auch ein fehlendes Wahlpflichtgefühl ist Teil dieses Ansatzes (Downs 1957; Blais und Achen 2018). Zum anderen fallen hierunter politische Einstellungen und Überzeugungen (Campbell et al. 1960): Bisherige Studien bei Wählerinnen und Wählern mit Migrationshintergrund zeigen, dass das Gefühl der politischen Wirksamkeit und die Bindungen an Parteien geringer ausgeprägt sind als bei der Mehrheitsbevölkerung (Diehl und Blohm 2001; Wüst 2004), während die Demokratiezufriedenheit etwas höher liegt (Heath et al. 2013).

Den dritten Erklärungsstrang stellen Arbeiten zur Mobilisierung dar. Politische Gespräche mit Partnerin oder Partner, Freundinnen und Freunden, Bekannten und im Kollegenkreis oder die direkte Ansprache im Wahlkampf mobilisierten Individuen – und das gelte umso mehr, je enger und persönlicher die Bindung zum Gegenüber sei. Durch diesen Austausch würden Individuen fortlaufend daran erinnert, dass eine Wahl stattfindet, und durch die Aktivierung sozialer Normen zur eigenständigen Teilnahme motiviert (z. B. Gerber und Rogers 2009). Auch die Teilnahme an religiösen Zusammenkünften stehe somit aufgrund mobilisierender Botschaften im Gottesdienst und bei Veranstaltungen in positivem Verhältnis zur Wahlteilnahme, wie auch Bevelander und Pendakur (2009) für Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund in Kanada zeigen.

### 3.2 Migrantenspezifische Erklärungsansätze

Wir wenden uns nun den migrantenspezifischen Ansätzen zu und stellen die wichtigsten Erklärungsvariablen dar, um später zu überprüfen, ob sie in einem signifikanten Zusammenhang mit der Wahlbeteiligung stehen, wenn sie alleine bzw. ergänzend zu den Standardmodellen berücksichtigt werden.

Für das Ressourcenmodell sind die oft untersuchten migrantenspezifischen Faktoren Sprachkenntnisse und die Länge des Aufenthalts von Relevanz. Mit steigenden Kenntnissen der Sprache des Aufnahmelandes steigt auch die politische Partizipationsbereitschaft, da Sprachkenntnisse eine notwendige Bedingung darstellen, Informationen über das politische System und seine Akteure finden und verstehen zu können. Bisherige Studien zeigen einen positiven Zusammenhang bei Immigrantinnen und Immigranten in Großbritannien und den USA (Cho 1999; Heath et al. 2013). Analog zum Zusammenhang mit dem Lebensalter wird auch bei der Länge des Aufenthalts im Aufnahmeland angenommen, dass mit steigender Aufenthaltsdauer das politisch relevante Wissen zunimmt. In der Tat finden sich positive Zusammenhänge in Studien aus Großbritannien und den Vereinigten Staaten (Heath et al. 2013; Leal et al. 2008).

Auf Seite der psychologisch relevanten Einflussfaktoren werden in der bestehenden Forschung zur politischen Partizipation von Immigrantinnen und Immigranten besonders häufig die ethnische Identität und die Diskriminierungserfahrung betrachtet. Erstere geht dabei auf den Ansatz der sozialen Identität zurück (Tajfel und Turner 1979) und stellt den Teil des Selbstkonzeptes eines Individuums dar, „which derives from [his] knowledge of [his] membership of a social group (or groups) together with the value and emotional significance attached to that membership“ (Tajfel 1978, S. 63). Politische Partizipation wird demnach nicht nur durch instrumentelle Faktoren beeinflusst, sondern dient auch dazu, expressive Motive zu erfüllen und der eigenen Identität Ausdruck zu verleihen (Fischer-Neumann 2014). Es besteht demnach ein positiver Zusammenhang zwischen dem Gefühl der eigenen Gruppenzugehörigkeit und der politischen Partizipation. Individuen identifizieren sich jedoch gleichzeitig mit verschiedenen

Gruppen, die bei Immigrantinnen und Immigranten sowohl die Aufnahmegesellschaft als auch die Herkunftsgruppe umfassen können. Für die Konzeptualisierung verschiedener Identifikationstypen greifen wir auf die Arbeiten von Berry (1984) zurück, der vier Typen kultureller Adaption unterscheidet, die vom Ausmaß der Identifikation mit Aufnahme- und Herkunftsland abhängen. Als mögliche Identifikationstypen ergeben sich „Assimilation“, bei der eine Identifikation mit dem Aufnahmeland besteht, „Separation“, bei der nur eine Identifikation mit dem Herkunftsland vorliegt, „Marginalisierung“, bei der keine Identifikation mit einer Kultur vorliegt, und „Integration“, die eine Identifikation mit beiden Kulturen beinhaltet. In neueren Studien wird dieser letzte Typ oftmals als „duale Identität“ bezeichnet (Simon und Grabow 2010). Der Identifikationstyp der „Integration“ entfaltet vor allem mobilisierende Wirkung, da hier Ungerechtigkeitsempfindungen (resultierend aus der Identifikation mit einer Minderheitsgruppe) und ein Gefühl, zu politischem Handeln berechtigt zu sein, (basierend auf der Identifikation mit der Mehrheitsgesellschaft) zusammenkommen (Simon und Klandermans 2001). Bisherige Studien zum Einfluss dualer Identität bei Immigrantinnen und Immigranten zeigen einen positiven Zusammenhang mit der politischen Partizipation, der über den Einfluss bloßer soziodemografischer Variablen hinausgeht (Fischer-Neumann 2014; Simon und Grabow 2010). Es stellt sich jedoch die Frage, welche Erklärungskraft für ein solches Konzept bleibt, wenn die Standardmodelle der Wahlbeteiligungsforschung einbezogen werden, da die zentralen Variablen für die Erklärung der dualen Identität, politisches Interesse und Zufriedenheit mit dem politischen System, Teil der Standardmodelle sind.

Einen weiteren Erklärungsfaktor für die politische Partizipation von Immigrantinnen und Immigranten stellt subjektiv wahrgenommene Diskriminierung im Aufnahmeland dar. Hinsichtlich der Konsequenzen von Diskriminierung zeigt sich neben negativen Effekten für die seelische und körperliche Gesundheit (siehe Oskooii 2018 für einen umfassenden Literaturüberblick) zum einen, dass Diskriminierung zu geringerem Vertrauen in andere Personen und in politische Institutionen führt (Brehm und Rahn 1997). Saggar (2000) führt daher beispielsweise die niedrigeren Beteiligungsraten von Personen mit Migrationshintergrund auf Diskriminierungserfahrungen zurück. Diese Ergebnisse stützen die These, dass Diskriminierung dazu führt, dass Bürgerinnen und Bürger wenig Interesse haben, ihre begrenzte Zeit und ihre begrenzten Ressourcen für die politische Partizipation einzusetzen. Zum anderen gibt es jedoch auch empirische Evidenz, dass Diskriminierung die politische Partizipation von Immigrantengruppen fördern kann: Falls Diskriminierung nicht auf die eigene Person, sondern auf die Zugehörigkeit zu einer Gruppe/sozialen Kategorie zurückgeführt wird, können hierdurch Gefühle der gemeinsamen Identität, eines gemeinsamen Schicksals (*linked fate*) sowie die Gruppenbindung als solche gestärkt werden (Sanchez 2006; Stokes 2003). Generell vermuten wir nur einen geringen zusätzlichen Einfluss der Diskriminierung, wenn wir zugleich Standardfaktoren einbeziehen, da Diskriminierung im Wesentlichen mit anderen Variablen wie beispielsweise der Zufriedenheit mit dem politischen System und dem Empfinden der eigenen politischen Wirksamkeit zusammenhängt.



Das mobilisierende Potenzial ethnischer Netzwerke stellt einen weiteren Erklärungsfaktor dar, der oftmals zur Analyse der politischen Partizipation von Immigrantinnen und Immigranten betrachtet wird: Fennema und Tillie (1999) argumentieren, dass es eine kausale Verbindung zwischen der Mitgliedschaft in ethnischen Netzwerken und der Wahlbeteiligung gebe, da diese auf der individuellen Ebene soziales Vertrauen generiere, das sich wiederum positiv auf politisches Vertrauen und politische Partizipation auswirke. Zur präziseren Analyse des Einflusses wurde eine Unterscheidung in Bridging- und Bonding-Sozialkapital eingeführt, wobei sich ersteres auf Verbindungen mit autochthonen Netzwerken, zweiteres jedoch auf Beziehungen mit Netzwerken der eigenen Herkunftsgruppen bezieht (Jacobs und Tillie 2004). Während *bridging capital* tatsächlich den vermuteten positiven Einfluss auf die politische Partizipation haben kann, da es neue Ressourcen für Personen mit Migrationshintergrund bereitstellt, ist weniger eindeutig, warum *bonding capital* die politische Partizipation im Aufnahmeland beeinflussen sollte (siehe auch Diehl und Blohm 2001). Der Einfluss von Organisationsmitgliedschaften findet sich auch in den Standardmodellen, so beispielsweise bei Brady et al. (1995). Die Frage ist, was die Mitgliedschaft in ethnischen Netzwerken noch zusätzlich zu erklären vermag, wenn wir allgemein für Organisationsmitgliedschaften kontrollieren.

---

## 4 Daten und Operationalisierung

Für alle nachfolgenden Analysen greifen wir auf Daten der Ersten Deutschen Migrantenvahlstudie (Immigrant German Election Study, IMGES) zurück, die nach der Bundestagswahl 2017 vom 4. Oktober bis 3. Dezember 2017 erhoben wurden (Goerres et al. 2020). Hierfür wurden deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger ab 16 Jahren persönlich befragt, die selbst aus der Türkei oder aus der ehemaligen Sowjetunion stammten oder mindestens ein Elternteil hatten, für das dieses zutrifft (für Details zur Stichprobenziehung siehe Tab. A.1 im Online-Anhang). Falls die Interviewer die Sprachkenntnisse einer Zielperson als nicht ausreichend einschätzten, bestand die Möglichkeit, das Interview zum Selbstauffüllen als CASI auf Russisch oder Türkisch durchzuführen. Alle Auswertungen werden nur für die Befragten durchgeführt, die am Wahltag mindestens 18 Jahre alt und damit wahlberechtigt waren ( $N=947$ ). Wir gewichten unsere Daten mit einem Poststratifikationsgewicht, das Unterschiede in der Auswahlwahrscheinlichkeit und Ausschöpfungsrate ausgleicht (für weitere Details siehe Goerres et al. 2018). Das Vorgehen der IMGES erfolgte dabei hinsichtlich Feldzeit, Erhebungsmodus und erhobenen Variablen der Nachwahlbefragung der German Longitudinal Election Study (GLES), um Analysen auch im Abgleich mit der autochthonen Bevölkerung durchführen zu können. Für die Analyse der Mehrheitsbevölkerung greifen wir daher auf die Nachwahlwelle der GLES 2017 (Roßteutscher et al. 2018) zurück, die wir mit dem entsprechenden Poststratifikationsgewicht für Gesamtdeutschland gewichten. Wir schließen dabei die 301 Befragten aus der Analyse aus, die angeben,



einen Migrationshintergrund zu haben, sodass uns ein Sample mit 1735 Deutschen ohne Migrationshintergrund zur Verfügung steht.

Als abhängige Variable greifen wir auf die Rückerinnerungsfrage bei der Bundestagswahl 2017 zurück. 74 % der türkeistämmigen Befragten, 67 % der Russlanddeutschen und 89 % der Deutschen ohne Migrationshintergrund gaben an, an der Wahl teilgenommen zu haben.

Für die Operationalisierung des Ressourcenmodells greifen wir auf Alter, das quadrierte Alter (um für kurvilineare Effekte zu kontrollieren), formale Bildung und Geschlecht zurück.<sup>3</sup> Formale Bildung hat dabei drei Kategorien: niedrig (Hauptschulabschluss bzw. weniger als 10 Jahre), mittel (Realschulabschluss bzw. 10–11 Jahre Schulbesuch) und hoch (Fachabitur, Abitur bzw. mehr als 10 Jahre Schulbesuch). Um *civic skills* zu operationalisieren, rekurren wir auf die Frage nach der aktiven Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft. Für politische Einstellungen und Überzeugungen nutzen wir die Parteiidentifikation (ja oder nein), interne politische Wirksamkeit und Zufriedenheit mit der Performanz der Demokratie. Demokratiezufriedenheit wird mit der Frage „Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert, alles in allem sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden?“ erfasst (1 „überhaupt nicht zufrieden“ bis 4 „sehr zufrieden“). Interne politische Wirksamkeit wird mit dem Item „Politische Fragen sind für mich oft schwer zu verstehen“ erhoben (1 „trifft überhaupt nicht zu“ bis 5 „trifft voll und ganz zu“). Für die Messung der Parteiidentifikation wurde die Standardfrage „In Deutschland neigen viele Leute längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu?“ verwendet. Befragte, die keine Partei angaben, erhalten den Wert 0, alle anderen Befragten den Wert 1. Wir verzichten darauf, das politische Interesse einzubeziehen, da dieses der Wahlbeteiligung kausal sehr nahesteht und eine Vielzahl der Effekte überdecken würde.

Für das Mobilisierungsmodell greifen wir auf den Familienstand, Gespräche im Freundeskreis und die Teilnahme an religiösen Zusammenkünften zurück. Für die Operationalisierung des Familienstandes kodieren wir alle Befragten, die angaben, mit einem festen Partner oder einer festen Partnerin zusammenzuleben, egal ob verheiratet oder nicht, als 1 und alle anderen als 0. Die Frequenz von Gesprächen über Politik wurde mit der Frage „An wie vielen Tagen haben Sie sich in der vergangenen Woche mit anderen Personen, z. B. Familienmitgliedern, Freunden oder Arbeitskollegen, über die Parteien und die Politik unterhalten?“ erfasst (0 bis 7 Tage). Zuletzt erfassen wir noch die Teilnahme an religiösen Zusammenkünften. Für IMGES nutzen wir die Frage „Abgesehen von Begräbnisfeiern, Taufen und Heiraten, wie oft praktizieren Sie Ihre

---

<sup>3</sup>Aufgrund der hohen Zahl fehlender Werte sehen wir von der Verwendung des Haushaltseinkommens ab. Wir haben als Robustheitscheck alle Analysen unter Einbezug des Einkommens geschätzt und sehr ähnliche Ergebnisse erhalten.

Religion zum Beispiel, indem Sie an religiösen Zusammenkünften teilnehmen?“ (1 „täglich“ bis 6 „nie“). Für die GLES liegt diese Frage nicht vor, hier greifen wir auf die Frage zurück, ob man aktives bzw. passives Mitglied in religiösen/kirchlichen Gruppen sei.

Wenden wir uns nun den migrantenspezifischen Variablen zu. Für das Ressourcenmodell erfassen wir Sprachkenntnisse und die Zeit, die bisher in Deutschland verbracht wurde. Die Sprachkenntnisse wurden über eine Selbsteinschätzungsfrage erhoben, wie gut man Deutsch spreche (sehr gut bis sehr schlecht). Zusätzlich berücksichtigen wir die Migrationsgeneration und die in Deutschland verbrachte Lebenszeit, indem wir die Zeit in Jahren seit der Migration nach Deutschland durch das Lebensalter teilen. Der resultierende Quotient reicht von 0,02 bis 1 (für Personen der zweiten Migrationsgeneration, die ihr ganzes Leben in Deutschland verbracht haben).

Für die Mobilisierung durch ethnische Netzwerke fragen wir für 9 Organisationen, ob die Befragten an mindestens einer Aktivität in den letzten 12 Monaten teilgenommen haben, z. B. in Sportvereinen. Im Anschluss daran haben wir jeweils erfasst, ob mehr als die Hälfte der Mitglieder in der jeweiligen Organisation aus demselben Herkunftsland wie die Befragten kommt. Für *bridging capital* zählen wir alle Organisationen, in denen die Mehrheit der Mitglieder nicht aus demselben Herkunftsland kommt, für *bonding capital* alle Organisationen, für die dies der Fall ist. Beide Variablen können zusammen maximal den Wert 9 annehmen. Für psychologische Einflussfaktoren erfassen wir Diskriminierungserfahrung sowie die nationale/ethnische Identität. Zur Erfassung der subjektiv wahrgenommenen Diskriminierung setzten wir zuerst eine Filterfrage ein, die erhebt, ob sich jemand als Teil einer benachteiligten Gruppe in Deutschland bezeichnen würde. Anschließend werden Befragte, die „Ja“ angaben, gefragt, wie oft sie sich in den letzten fünf Jahren persönlich in sechs Bereichen (Arbeitsmarkt, Wohnungssuche etc.) diskriminiert gefühlt hätten (1 „nie“, 2 „selten“ und 3 „häufig“). Wir berechnen die durchschnittliche Diskriminierungsfrequenz über alle sechs Bereiche; die Variable nimmt die Werte 1 bis 3 an. Alle anderen Befragten, die auf die anfängliche Filterfrage nicht mit „Ja“ geantwortet haben, kodieren wir mit dem Wert 0. Für die ethnische und nationale Identität wurde für verschiedene Gruppen gefragt, wie sehr man sich als Gruppenmitglied fühle, „Einmal ganz allgemein gesprochen: Wie sehr fühlen Sie sich als ...?“ (1 „gar nicht“ bis 5 „voll und ganz“). Deutsche türkischer Herkunft wurden jeweils nach ihrer Zugehörigkeit als Türke/Türkin und Kurde/Kurdin gefragt, Deutsche postsowjetischer Herkunft als Russlanddeutsche/r, Russe/Russin und, falls das Herkunftsland ein anderes Land der Sowjetunion darstellt, nach der Zugehörigkeit zu diesem Land (z. B. Kirgise/Kirgisin). Anschließend nehmen wir den höchsten Wert über alle ethnischen Gruppen für jeden Befragten bzw. jede Befragte. Zusätzlich haben wir diese Frage auch für die Gruppe der Deutschen gestellt. Wir konstruieren einen Index, der den Wert 0 annimmt, wenn jemand sich weder als Deutsche/r noch der Migrationsgruppe zugehörig fühlt (Werte für nationale und ethnische Identifikation 3 und geringer), 1, falls sich jemand stärker als Deutsche/r denn als Teil der Migrationsgruppe fühlt, 2, falls beide Identifikationen gleich stark sind und eine duale Identität vorliegt, und 3, falls sich

jemand stärker der Migrationsgruppe zugehörig fühlt. Schlussendlich kontrollieren wir noch für die Herkunft (West-/Ostdeutschland) und bei gemeinsamen Analysen für die Migrationsgruppe (1 = Türkei, 2 = ehemalige Sowjetunion). Wir schließen alle Befragten mit fehlenden Werten von den Analysen aus.

---

## 5 Ergebnisse

Für unsere Analysen berechnen wir logistische Regressionsmodelle mit robusten Standardfehlern. Dabei untersuchen wir zuerst, ob die Standardmodelle auch für die Erklärung der Wahlteilnahme von Wählern und Wählerinnen mit Migrationshintergrund herangezogen werden können und, wenn ja, welche Erklärungsfaktoren besonders stark die Wahlteilnahme begünstigen. Anschließend untersuchen wir, ob die migrantenspezifischen Faktoren einen zusätzlichen Erklärungsgewinn liefern bzw. in einem eigenen Modell signifikante Prädiktoren sind.

Die Ergebnisse der multivariaten Analysen sind in Tab. 2 zusammengefasst. Dabei wurde das Modell mit den Standardvariablen der Wahlbeteiligungsforschung für die Gruppe der Autochthonen, der Deutschen mit türkischer Herkunft und der Russlanddeutschen jeweils separat geschätzt.

Für das Ressourcenmodell stellen wir fest, dass sich bei Autochthonen und Deutschen mit türkischem Migrationshintergrund die Erklärungsmuster ähneln, mit Ausnahme des Alters (hier gibt es einen linearen, positiven Effekt bei autochthonen Deutschen und einen kurvilinearen bei Deutschen türkischer Herkunft). Im Vergleich zu niedriger Bildung erhöht eine mittlere/hohe Bildung signifikant die Wahlbeteiligung. In der Gruppe der Russlanddeutschen erhöht vor allem eine Gewerkschaftsmitgliedschaft die Wahlbeteiligungswahrscheinlichkeit, und zwar um 23 Prozentpunkte. Für die Gruppe der psychologischen Faktoren führt das Vorhandensein einer Parteibindung in allen drei Teilgruppen zu einer erhöhten Wahlwahrscheinlichkeit von 4 (GLES) bis 16 (IMGES, Türkeistämmige) Prozentpunkten. Ein Gefühl der internen politischen Wirksamkeit hat jedoch nur bei Russlanddeutschen einen positiven, signifikanten Einfluss auf die Wahlbeteiligung. Hinsichtlich der Variablen des Mobilisierungsmodells hat die Frequenz der politischen Gespräche im Freundeskreis bei allen drei Teilgruppen einen hohen, signifikanten Zusammenhang mit der Wahlbeteiligung: Wer sich an sieben Tagen mit Freundinnen oder Freunden über Politik unterhält, nimmt mit 14 (GLES) bis 30 (IMGES, Türkei) Prozentpunkten höherer Wahrscheinlichkeit an der Bundestagswahl teil als Personen, die sich nie im Freundeskreis über Politik unterhalten. Die Teilnahme an religiösen Zeremonien hat keinen signifikanten Zusammenhang, das Vorhandensein einer festen Partnerschaft einen positiven Zusammenhang nur bei autochthonen Deutschen und Deutschen türkischer Herkunft. Insgesamt beteiligen sich die autochthonen Deutschen im Westen mehr als die Bürgerinnen und Bürger im Osten, für die Gruppe der Deutschen mit Migrationshintergrund finden wir hier jedoch keinen Effekt.

**Tab. 2** Logistische Regression der Wahlbeteiligung nach Gruppen, Average Marginal Effects

<i>Ressourcenmodell</i>	Standardmodelle			Baseline-Modell		Gesamtmodell	
	GLES	IMGES, Türkei	IMGES, UdSSR	IMGES, Türkei	IMGES, UdSSR	IMGES, Türkei	IMGES, UdSSR
Alter	0,39*	-2,24	1,38			-1,79	1,90*
	(0,19)	(1,20)	(0,90)			(1,10)	(0,97)
Alter quadriert	-0,00	0,00*	-0,00			0,00*	-0,00*
	(0,00)	(0,00)	(0,00)			(0,00)	(0,00)
Geschlecht: weiblich	-0,00	-0,02	0,01			0,01	0,02
	(0,02)	(0,05)	(0,06)			(0,05)	(0,06)
<i>Bildung (Referenz: niedrig)</i>							
Bildung: mittel	0,07*	0,20*	0,11*			0,14	0,11
	(0,03)	(0,08)	(0,06)			(0,09)	(0,07)
Bildung: hoch	0,12***	0,23**	0,08			0,20*	0,09
	(0,03)	(0,08)	(0,08)			(0,08)	(0,08)
Gewerkschaftsmitgliedschaft	0,04	0,06	0,23*			0,05	0,22*
	(0,03)	(0,06)	(0,10)			(0,06)	(0,10)
<i>Politische Einstellungen und Überzeugungen</i>							
Interne politische Efficacy	0,01	0,00	0,23*			-0,01	0,26*
	(0,01)	(0,03)	(0,10)			(0,11)	(0,11)
Parteiidentifikation	0,04*	0,16**	0,12*			0,17**	0,13*
	(0,02)	(0,06)	(0,06)			(0,05)	(0,06)
Zufriedenheit mit Demokratie	0,09*	-0,06	-0,12			-0,05	-0,09
	(0,04)	(0,14)	(0,13)			(0,15)	(0,12)
<i>Mobilisierungsmodell</i>							
Feste Partnerschaft	0,07***	0,15*	0,05			0,15**	0,04
	(0,02)	(0,07)	(0,07)			(0,05)	(0,06)
Teilnahme an religiösen Zeremonien	0,03	0,19	-0,21			0,17	-0,21
	(0,03)	(0,10)	(0,13)			(0,10)	(0,13)
Frequenz politischer Diskussionen mit Freunden/Freundinnen	0,14***	0,30**	0,24*			0,25*	0,24**
	(0,04)	(0,11)	(0,10)			(0,10)	(0,09)

(Fortsetzung)

**Tab. 2** (Fortsetzung)

<i>Ressourcenmodell</i>	Standardmodelle			Baseline-Modell		Gesamtmodell	
	GLEs	IMGES, Türkei	IMGES, UdSSR	IMGES, Türkei	IMGES, UdSSR	IMGES, Türkei	IMGES, UdSSR
<i>Kontrollvariable</i>							
Herkunft: West- deutschland	0,04** (0,02)	-0,16 (0,11)	-0,07 (0,09)			-0,12 (0,09)	-0,07 (0,09)
<i>Migrantenspezifische Faktoren</i>							
Deutsche Sprach- kenntnisse				0,17 (0,23)	0,13 (0,17)	0,11 (0,18)	-0,07 (0,16)
Anteil der in Deutschland ver- brachten Lebenszeit				-0,01 (0,29)	0,08 (0,16)	0,23 (0,22)	0,25 (0,19)
Identifikation (Referenz: mehr ausländisch)							
Keine Identifikation				-0,03 (0,12)	0,21* (0,10)	-0,05 (0,08)	0,13 (0,09)
Mehr deutsch				0,14 (0,08)	0,14 (0,08)	0,07 (0,07)	0,07 (0,07)
Gleichermaßen				-0,01 (0,10)	0,19* (0,08)	-0,06 (0,08)	0,13 (0,07)
Diskriminierungs- index				0,06 (0,12)	0,07 (0,17)	-0,01 (0,09)	0,04 (0,15)
Bridging- Sozialkapital				0,24 (0,20)	0,18 (0,21)	0,07 (0,19)	-0,21 (0,20)
Bonding- Sozialkapital				0,42 (0,25)	-0,28 (0,28)	0,26 (0,27)	-0,37 (0,26)
N	1641	415	420	415	420	415	420
McFadden's R <sup>2</sup>	0,17	0,14	0,10	0,03	0,00	0,14	0,10
AIC	869	416	494	469	548	416	493
BIC	944	473	550	510	588	505	582

Der Effekt von Bildung, Parteiidentifikation und Gesprächen mit Freunden und Freundinnen lässt sich in allen drei Gruppen beobachten, zudem gibt es fast keine Variablen, die in der Gruppe der autochthonen Wählerinnen und Wähler keinen Einfluss haben, für diejenigen mit Migrationshintergrund jedoch wichtige Einflussgrößen sind. Schlussendlich können wir feststellen, dass das Standardmodell die Wahlbeteiligung in allen drei Gruppen relativ zufriedenstellend vorhersagen kann, mit McFadden's-R<sup>2</sup>-Werten, die zwischen 0,10 (Russlanddeutsche) und 0,17 (Autochthone) liegen.

Welchen Einfluss haben nun die migrantenspezifischen Faktoren? Fast keinen. In Tab. 2 sind die durchschnittlichen vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten (AME) ausgewiesen, in Spalte 4 und 5 für das Basismodell ohne die Variablen des Standardmodells und in Spalte 6 und 7 für das Gesamtmodell, jeweils separat für die Gruppe der Deutschen mit einer Herkunft aus der Türkei oder der ehemaligen Sowjetunion. Wir sehen für das Baseline-Modell, dass lediglich für die Gruppe der Russlanddeutschen (Spalte 5) die Identifikation mit Herkunftsland und Aufnahmegesellschaft einen schwach signifikanten Einfluss auf die Wahlbeteiligung hat. Im Vergleich zu einer stärkeren ethnischen Identifikation erhöht sowohl eine fehlende Identifikation mit den beiden Gruppen als auch das Vorhandensein einer dualen Identität die Wahlbeteiligungswahrscheinlichkeit um etwa 20 Prozentpunkte. Betrachtet man jedoch das vollständige Modell aus Standardfaktoren und migrantenspezifischen Faktoren, so sehen wir, dass dieser Einfluss der Identifikation im Gesamtmodell nicht mehr signifikant mit der Wahlbeteiligung zusammenhängt und über Variablen der Standardtheorien mediiert wird. Die anderen Einflussgrößen wie *bonding* und *bridging capital*, Sprachkenntnisse, Lebenszeit in Deutschland und Diskriminierungserfahrung haben weder im Baseline- noch im Gesamtmodell einen signifikanten Einfluss. Der AIC für das Standardmodell aus Spalte 2 und 3 sowie das Gesamtmodell aus Spalte 6 und 7 sind dabei jeweils gleich hoch, das heißt, dass trotz Hinzunahme weiterer Faktoren die Erklärungskraft des Modells nicht steigt. Auch durchgeführte Wald-Tests zeigen, dass durch die Hinzunahme der migrantenspezifischen Faktoren die Modellgüte nicht signifikant verbessert wird.

Wir stellen also fest, dass die Standardansätze eine hinreichend gute Erklärung der Wahlbeteiligung auch bei Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund ermöglichen und migrantenspezifische Variablen und Ansätze sowohl alleine betrachtet als auch als Ergänzung zu den Standardansätzen kaum eine eigene Erklärungsleistung aufweisen. Dies hatten wir auch theoretisch angenommen, da viele der mediiierenden Variablen von Identität, Diskriminierung und ethnischen Netzwerken bereits in den Standardmodellen enthalten sind und daher wenig bleibt, das mit diesen mehr gruppenbasierten Variablen erklärt werden kann. Dies bedeutet nicht, dass migrantenspezifische Variablen generell irrelevant für das politische Verhalten von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund sind. Wir zeigen jedoch, dass Standardmodelle die Wahlbeteiligung dieser Wählergruppe in Deutschland erklären können und dass der Einbezug spezifischer Migrationsvariablen keine sinnvolle Verbesserung bringt.

---

## 6 Fazit

In diesem Beitrag haben wir die Bestimmungsfaktoren für die Wahlteilnahme bei Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund bei der Bundestagswahl 2017 untersucht. Bisherige Studien haben eine Vielzahl von Standardmodellen und migrantenspezifischen theoretischen Ansätzen hervorgebracht, die wir in diesem Beitrag

gegeneinander getestet haben. Als Ausgangsbasis konnten wir feststellen, dass die Wahlbeteiligungsrate bei Bürgern und Bürgerinnen mit Migrationshintergrund etwa 15–20 Prozentpunkte niedriger liegt als bei Deutschen ohne Migrationshintergrund. Unsere Ergebnisse konnten zeigen, dass sich Standardmodelle für die Erklärung dieser Unterschiede empirisch besser bewähren: Die formale Bildung als wichtige Ressource, das Vorhandensein einer Parteiidentifikation als psychologische Einflussgröße sowie eine hohe Frequenz von Gesprächen mit Freunden bzw. Freundinnen als Teil des Mobilisierungsmodells zeigen für Bürgerinnen und Bürger mit und ohne Migrationshintergrund einen positiven Zusammenhang mit der individuellen Wahlbeteiligung. Migrantenspezifische Variablen wie Sprachkenntnisse, die Länge des Aufenthalts, Diskriminierung, die Kombination aus ethnischer und nationaler Identität sowie ethnische Netzwerke waren von einer Ausnahme abgesehen für die direkte Erklärung der Wahlbeteiligung irrelevant. Lediglich für die Gruppe der Russlanddeutschen senkt das Vorliegen einer starken Identifikation mit der Herkunftsgruppe bzw. eine ethnische Identität signifikant die Wahlbeteiligungswahrscheinlichkeit. Unter Einbezug der Variablen der Standardmodelle zeigt sich, dass migrantenspezifische Variablen keine signifikante Prädiktoren sind und ihr Einbezug die Erklärungskraft der Modelle nicht signifikant verbessert. Ein ähnliches Ergebnis zeigten für einen Teil der Standardvariablen bereits Bevelander und Pendakur (2009) für Kanada. Zuletzt stellen wir fest, dass die Ergebnisse in beiden Migrantengruppen gleichermaßen gut (Standardmodelle) bzw. schlecht (migrantenspezifische Ansätze) ausfallen und es Unterschiede lediglich auf der Ebene der einzelnen Variablen gibt.

---

## Literatur

- Berry, John W. 1984. Multicultural Policy in Canada. A Social Psychological Analysis, *Canadian Journal of Behavioural Science/Revue canadienne des sciences du comportement* 16:353–370.
- Bevelander, Pieter. 2015. Voting Participation of Immigrants in Sweden—a Cohort Analysis of the 2002, 2006 and 2010 Elections. *Journal of International Migration and Integration* 16:61–80.
- Bevelander, Pieter, und Ravi Pendakur. 2009. Social Capital and Voting Participation of Immigrants and Minorities in Canada. *Ethnic and Racial Studies* 32:1406–1430.
- Blais, André, und Christopher H. Achen. 2018. Civic Duty and Voter Turnout. *Political Behavior* 1:1–25.
- Brady, Henry E., Sidney Verba und Kay L. Schlozman. 1995. Beyond SES: A Resource Model of Political Participation. *American Political Science Review* 89:271–294.
- Brehm, John, und Wendy Rahn. 1997. Individual-Level Evidence for the Causes and Consequences of Social Capital. *American Journal of Political Science* 41:999–1023.
- Burden, Barry C. 2000. Voter Turnout and the National Election Studies. *Political Analysis* 8:389–398.
- Campbell, Angus, Philip E. Converse, Warren E. Miller und Donald Stokes. 1960. *The American Voter*. New York/London: John Wiley & Sons.
- Cho, Wendy K. T. 1999. Naturalization, Socialization, Participation: Immigrants and (Non-)Voting. *Journal of Politics* 61:1140–1155.



- Dalton, Russell J. 2008. Citizenship Norms and the Expansion of Political Participation. *Political Studies* 56:76–98.
- DeSipio, Louis. 1996. Making Citizens or Good Citizens? Naturalization as a Predictor of Organizational and Electoral Behavior among Latino Immigrants. *Hispanic Journal of Behavioral Sciences* 18:194–213.
- DESTATIS. 2018. Ausländer: Deutschland, Stichtag, Geschlecht/Altersjahre/Familienstand. Tabelle 12521-0001 [https://www-genesis.destatis.de/genesis/downloads/00/12521-0002\\_00.csv](https://www-genesis.destatis.de/genesis/downloads/00/12521-0002_00.csv).
- Die Welt. 2016. Man hat die reingelassen. Und uns gibt man nichts. *Die Welt* vom 31. Januar 2016.
- Diehl, Claudia, und Michael Blohm. 2001. Apathy, Adaptation or Ethnic Mobilisation? On the Attitudes of a Politically Excluded Group. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 27:401–420.
- Downs, Anthony. 1957. *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper & Row.
- Der Tagesspiegel. 2017: Erdogan ruft Türken zu Wahlboykott von CDU und SPD auf. *Der Tagesspiegel* vom 18. August 2017.
- Fennema, Meindert, und Jean Tillie. 1999. Political Participation and Political Trust in Amsterdam. Civic Communities and Ethnic Networks. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 25:703–726.
- Fischer-Neumann, Marion. 2014. Immigrants' Ethnic Identification and Political Involvement in the Face of Discrimination. A Longitudinal Study of the German Case. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 40:339–362.
- Gallego, Aina. 2010. Understanding Unequal Turnout: Education and Voting in Comparative Perspective. *Electoral Studies* 29:239–248.
- Gerber, Alan S., und Todd Rogers. 2009. Descriptive Social Norms and Motivation to Vote: Everybody's Voting and so Should You. *Journal of Politics* 71:178–191.
- Goerres, Achim, Sabrina Mayer und Dennis Spies. 2018. Immigrant Voters against their Will. A Focus Group Analysis of Identities, Political Issues and Party Allegiances among German Resettlers during the 2017 Bundestag Election Campaign. *Journal of Ethnic and Migration Studies*. DOI: <https://doi.org/10.1080/1369183X.2018.1503527>.
- Goerres, Achim, Dennis C. Spies, und Sabrina J. Mayer. 2020. Immigrant German Election Study (Migrantenwahlstudie) – Reduzierte Version, GESIS Datenarchiv, Köln: ZA7495.
- Heath, Anthony F., Stephen D. Fisher, Gemma Rosenblatt, David Sanders, und Maria Sobolewska. 2013. *The Political Integration of Ethnic Minorities in Britain*. Oxford: Oxford University Press.
- Jacobs, Dirk, und Jean Tillie. 2004. Introduction. Social Capital and Political Integration of Migrants. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 30:419–427.
- Leal, David L., Stephen A. Nuño, Jongho Lee und Rodolfo O. de La Garza. 2008. Latinos, Immigration, and the 2006 Midterm Elections. *PS: Political Science & Politics* 41:309–317.
- Oskooii, Kassra A. R. 2018. Perceived Discrimination and Political Behavior. *British Journal of Political Science*. DOI: <https://doi.org/10.1017/S0007123418000133>.
- Pätzold, André, Julius Tröger, David Wendler und Christopher Möller. 2017. Das sind die 15 wichtigsten politischen Probleme in Deutschland. *Berliner Morgenpost* vom 18. September 2017.
- Roßteutscher, Sigrid, Rüdiger Schmitt-Beck, Harald Schoen, Bernhard Weßels, Christof Wolf, Aiko Wagner, Reinhold Melcher, und Heiko Giebler. 2018. *Nachwahl-Querschnitt* (GLES 2017): GESIS Datenarchiv, Köln: ZA6801 Datenfile Version 2.0.0.
- Saggar, Shamit. 2000. *Race and Representation. Electoral Politics and Ethnic Pluralism in Britain*. Manchester: Manchester University Press.
- Sanchez, Gabriel R. 2006. The Role of Group Consciousness in Political Participation Among Latinos in the United States. *American Politics Research* 34:427–450.

- Schäfer, Armin, Hanna Schwander, und Philip Manow. 2016. Die sozial „auffälligen“ Nichtwähler. Determinanten der Wahlenthaltung bei der Bundestagswahl 2013. In: *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2013*, hrsg. Harald Schoen und Bernhard Weßels, 21–44. Wiesbaden: Springer VS.
- Schlozman, Kay L., Nancy Burns, und Sidney Verba. 1994. Gender and the Pathways to Participation. The Role of Resources. *Journal of Politics* 56:963–990.
- Siebenbürgische Zeitung. 2017. Union fordert in ihrem Wahlprogramm höhere Renten für Spätaussiedler. *Siebenbürgische Zeitung* vom 7. Juli 2017.
- Simon, Bernd, und Olga Grabow. 2010. The Politicization of Migrants. Further Evidence that Politicized Collective Identity is a Dual Identity. *Political Psychology* 31:717–738.
- Simon, Bernd, und Bert Klandermans. 2001. Politicized Collective Identity. A Social Psychological Analysis. *American Psychologist* 56:319–331.
- Smets, Kaat, und Carolien van Ham, 2013: The Embarrassment of Riches? A Meta-analysis of Individual-level Research on Voter Turnout. *Electoral Studies* 32:344–359.
- Spiegel Online. 2017. Rechtsruck in Klein-Moskau. *Spiegel Online* vom 9. September 2017.
- Stokes, Atiya K. 2003. Latino Group Consciousness and Political Participation. *American Politics Research* 31:361–378.
- Tajfel, Henri. 1978. *Differentiation between Social Groups. Studies in the Social Psychology of Intergroup Relations. European Monographs in Social Psychology, Bd. 14.* London et al.: Academic Press.
- Tajfel, Henri, und John C. Turner. 1979. An Integrative Theory of Intergroup Conflict. In: *The Social Psychology of Intergroup Relations*, hrsg. William G. Austin und Stephen Worchel, 33–47. Monterey, Calif: Brooks/Cole.
- Wirtschaftswoche. 2017. Özoğuz ruft Deutsch-Türken zur Wahlteilnahme auf. *Wirtschaftswoche* vom 19. August 2017.
- Wüst, Andreas M. 2004. Naturalised Citizens as Voters. Behaviour and Impact. *German Politics* 13:341–359.